

DAXwatch



Hg. vom Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre | Okt. 08



**Schöne neue Hochschulwelt:
Die Geschäfte des Herrn J. Ackermann**

Dorothea Kerschgens: Schöne neue Hochschulwelt: Die Geschäfte des Herrn J. Ackermann

1.	Wie kommt die Honorarprofessur für den Chef der Deutschen Bank zustande?	2
2.	Die Vita von Dr. Josef Ackermann	2
3.	Bilanz und Geschäfte der Deutschen Bank	3
4.	Kritik aus den Reihen anderer Banker (Graf Krockow)	4
5.	Ethische Kritik an den Geschäften der Deutschen Bank	5
6.	Herr Ackermann und sein Einkommen	8

1. Wie kommt die Honorarprofessur für den Chef der Deutschen Bank zustande?

Im zweiten Anlauf hat es Josef Ackermann geschafft: Der Senat der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt ernannte den Chef der Deutschen Bank am Mittwoch zum Honorarprofessor.

Ich gehe davon aus, dass die Deutsche Bank über Jahre Spenden an die Johann Wolfgang Goethe-Universität tätigte. Das ist auf den ersten Blick in Ordnung, wenn daran keine Bedingungen für die Lehre und Forschung geknüpft werden. Auf den zweiten Blick kommen doch Zweifel auf, ob daraus nicht Bindungen und Abhängigkeiten entstehen, die subtile Wirkungen haben. Daher steht heute nicht nur Herr Ackermann in meinem Fokus, sondern die Deutsche Bank, d.h. auch die Geschäftspolitik der Vorgänger Breuer, Kopper und Herrhausen.

Bisher habe ich nicht die Höhe der Spenden der Deutschen Bank für die Uni Frankfurt herausgefunden. Dies wird eine der Fragen sein, die ich Herrn Ackermann auf der nächsten Hauptversammlung stellen werde. In seiner Rede bei der Hauptversammlung am 24. Mai 2007 sagte Herr Ackermann:

„Für gesellschaftliche Zwecke hat die Deutsche Bank im vergangenen Jahr rund 85 Mio. € ausgegeben, davon etwa die Hälfte in Deutschland. (Im Jahr 2008 reduzierte die Bank den Betrag auf 80 Mio. €.) Wir engagieren uns überall dort, wo wir geschäftlich tätig sind. Wir helfen im sozialen Bereich, wir fördern Musik und Bildende Künste und wir investieren in Bildung, Wissenschaft und Forschung. Dabei stellen wir nicht einfach nur Schecks aus. Es gibt Dinge, die kann man nicht einfach mit Geld erledigen. Wir bringen vielmehr auch unser Fachwissen und unsere Erfahrung in vielfältige Projekte ein.“

Im Berichtsheft „Gesellschaftliche Verantwortung 2007“ wird auf S. 86 beschrieben, dass der Stiftungsfonds Deutsche Bank im Jahr 2007 den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft mit 5 Mio. € unterstützte. Dabei kamen die Wirtschafts-/Finanzwissenschaften mit 27% nach der Allgemeinen Wissenschaftsförderung mit 54% auf Platz 2. Bereits seit 2003 hat Herr Ackermann Lehrveranstaltungen an der Uni Frankfurt durchgeführt und bewiesen, wie Herr Mathes, Studiendekan bemerkt, „dass er alle Qualifikationen eines herausragenden akademischen Lehrers besitzt“. (Informationsdienst Wissenschaft 23.07.08)

Der Vorschlag der Berufung von Ackermann als Honorarprofessor kam von den Wirtschaftswissenschaftlern. Im Jahr 2005 hatte das Hochschulpräsidium die Entscheidung vertagt, da Ackermann gerade in den Mannesmann-Prozess verwickelt war. Jetzt nahmen die Wirtschaftswissenschaftler einen zweiten Anlauf mit der Begründung, mit ihm gewinne die Uni einen der „weltweit angesehensten Experten im Bereich Finance“. (Ob das vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Krise des Finanzsystems noch stimmt?)

2. Die Vita von Dr. Josef Ackermann

Josef Ackermann wurde am 7. Februar 1948 in Mels (Kanton St. Gallen) als Sohn eines Arztes geboren. Er selbst sagte in einem Interview mit dem Zeitmagazin vom Mai 2007:

„Ich stamme aus einer kleinen Schweizer Gemeinde, aus einem gut bürgerlichen Mittelstand, wo Wert auf Leistung gelegt wurde. Mein Vater hat es aus ganz einfachen Verhältnissen als Arzt in mittelständische Verhältnisse gebracht.“

Weiter in der offiziellen Vita:

Nach dem Abitur studierte er an der Hochschule St. Gallen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. 1973

schloss er sein Studium im Fach Bankwirtschaft ab und arbeitete als wissenschaftlicher Assistent an der HSG. 1977 promovierte Ackermann über den Einfluss des Geldes auf das reale Wirtschaftsgeschehen.

Danach begann sein beruflicher Werdegang und Aufstieg bei der Schweizerischen Kreditanstalt (SKA), deren Vorsitzender er 1993 wurde. In seine Amtszeit fiel die Übernahme der Schweizerischen Volksbank, die wenig später in der Credit Suisse Group aufging.

Nach Meinungsverschiedenheiten mit dem Verwaltungsrat verließ Ackermann 1996 die Credit Suisse, wechselte zur Deutschen Bank, wurde Vorstandsmitglied und später auch Sprecher und Vorstandsvorsitzender.

Im Dezember 2007 schlug Ackermann das Angebot für den Chefsessel des größten US- Finanzkonzerns Citigroup mit der Begründung aus, er sei nicht verfügbar.

3. Bilanz und die Geschäfte

Ein Blick auf die Bilanz und die Geschäfte des Jahres 2007 der Deutschen Bank:
Der Umsatz der Bank betrug 67,7 Mrd. €, gegenüber 58,275 Mrd € 2006.

Aus der Rede von Herrn Ackermann auf der HV am 29. Mai 2008:

„Die Erträge der Bank stiegen um 8 % auf 30,7 Mrd €, (2006 11% 28,3 Mrd €)
das Ergebnis vor Steuern erhöhte sich um 5 % auf 8,7 Mrd € (2006 8,1%)
und der Gewinn nach Steuern um 7% auf 6,5 Mrd €.

Im Geschäft mit dem deutschen Mittelstand sind wir an der Spitze. In kürzester Zeit konnten wir 35.000 neue Kunden gewinnen. Jedes vierte mittelständische Unternehmen in Deutschland vertraut der Deutschen Bank.

Wir schlagen eine Dividende für 2007 von € 4,50 pro Aktie vor. Dies ist eine Erhöhung um 12,5 % (für 2006 € 4, 2005 € 2,50).

Für diesen Erfolg stehen rund 78.000 Mitarbeiter in der ganzen Welt. Expansion von Mitarbeitern in Asien um 4.300, in Deutschland um 1.400, im Nahen Osten um 2.000.

Wir sind seit über 10 Jahren in der Mikrofinanzierung aktiv, widmen uns auch der Bekämpfung des Klimawandels, leisten gezielt an gesellschaftlichen Brennpunkten Hilfe.“

Der Aktienkurs betrug Mitte Mai 2007 € 118, hatte einen Höchststand erreicht. Am 14.09. betrug er € 57,74, Tage später als Auswirkung der Finanzkrise in den USA war er nur noch 53,79 € hoch.

Die Bilanz 2007 kann sich sehen lassen. Ich müsste den Hut ziehen, gerade in Zeiten finanzieller Turbulenzen, wenn, ja wenn ich nicht hinter die Kulissen schauen würde.

Während der Rede vom Mai 2007 zeigte Herr Ackermann auf die Zielmarke, die er vor Augen hat:

„Für 2008 streben wir ein Ergebnis vor Steuern von 8,4 Mrd € an. Damit würden wir auch unsere langfristigen Ziele erreichen: Im mehrjährigen Durchschnitt eine nachhaltige Eigenkapitalrendite vor Steuern von 25 % und ein zweistelliges prozentuales Wachstum beim Ergebnis der Aktie.“ Er schloss die Rede: „Meine Damen und Herren, wir sind weit gekommen und wir haben nur ein Ziel im Auge: den Gipfel. Daran arbeiten wir.“

Ja wenn das Ziel der Gipfel ist, nicht nur die Nr. 1 in Deutschland zu sein, sondern auf dem Siegertreppchen der weltweiten Banken immer höher zu klettern, dann gilt nur eins, expansives Gewinnstreben ohne Rücksichten. Diese Renditesteigerung kann nur mit dem Eingehen von hohen Risiken verbunden sein. Dies führt zu Kapitalmarktbrüchen, wie wir es erst bei der Hypothekenkrise und dann der ausgeweiteten Finanzkrise in den USA gesehen haben. Letztlich steht dann der Staat in der Pflicht, das sind wir, die Steuerzahler, wie das Beispiel der IKB zeigt oder die Milliarden schweren Summen, die die USA erst in Fannie Mae und Freddie Mac und dann in die Rettung anderer Investmentbanken steckten. „Das US-Finanzsystem hat den Offenbarungseid geleistet“, so der Helaba-Aktienstratege Mirko Pillep. Wenn Josef Ackermann mit zehn anderen Banken am 14.09. einen Nothilfefonds von 70 Mrd \$ gegründet hat, geschieht dies sicher auch, um die Auswirkungen auf den europäischen Finanzmarkt etwas gemäßigt ausfallen zu lassen. Wenn am 16.09. der Kommentator der Frankfurter Rundschau, Robert von Heusinger, derart deutliche Worte findet, wie:

„Die Weltsicht der Spekulanten (der Wallstreet und in Europa) lautet:

1. Vorfahrt für das Kapital. Nicht die Interessen der Arbeitnehmer, Kunden, Lieferanten und Gemeinden sind bei unternehmerischen Entscheidungen zu berücksichtigen, sondern einzig und allein die Interessen der Kapitalgeber.
2. Mache handelbar, was handelbar zu machen ist, denn an den Transaktionen verdienen vor allem die Intermediäre, die Banken.
3. Baue den globalen Kapitalismus auf Regeln auf, die das System schwankungsanfälliger machen, statt es zu stabilisieren.
4. Privatisiere, was zu privatisieren geht, am besten die Altersvorsorge und die Absicherung anderer Lebensrisiken. Denn das sorgt für einen unablässigen Strom frischen Geldes, der am Kapitalmarkt angelegt sein will.“

Dieser Kritik schließe ich mich im vollen Umfang an.

Interessant ist, dass die Deutsche Bank, sonst nicht verlegen, jeden Tag eine oder mehrere Pressemeldungen auf ihre Homepage zu stellen, wie die gute Nachricht von der fast 30%igen Übernahme der Deutschen Postbank, die am Tag darauf zu finden war, tagelang über den Finanzseinbruch Schweigen verbreitete. Bis einschließlich gestern. Herr Ackermann hatte aber in den vergangenen Monaten drei Mal vom Ende der Krise gesprochen. Da frage ich mich, ob er es nicht besser wusste oder ob er gute Nachrichten verbreiten wollte.

4. Kritik aus den eigenen Reihen

Matthias Graf von Krockow, Sprecher der Privatbanken Sal. Oppenheim und BHF Bank, äußerte sich in der Börsenzeitung kritisch über Bankkollegen.

„Die im Zuge der Globalisierung enorm gestiegenen Renditeansprüche waren ja immer nur mit einer höheren Verschuldung zu erfüllen. Die Gier muss gestoppt werden. Man kann nicht mit fremder Leute Geld große Spielkasinos betreiben. 15 % nachhaltige Eigenkapitalrendite sind mit einem normalen soliden Geschäft einfach nicht machbar.“

Laut Frankfurter Rundschau vom 31.07.2008 „nicht nur eine schallende Ohrfeige für Josef Ackermann von der Deutschen Bank und Martin Blessing von der Commerzbank“, sondern ebenso für anderer Manager von börsennotierten Unternehmen, die die 15-Prozent-Anforderung wie eine Monstranz vor sich her tragen.

5. Ethische Einwände gegen Geschäfte der Deutschen Bank

„Wie Rendite-Jäger mit Zertifikaten Afrika für sich entdecken können“, so lautet die Überschrift auf dem Titelblatt der Broschüre „X-press – Börse kann so einfach sein“, herausgegeben von der Deutschen Bank, 2008.

Dieses Motto „Wie Rendite-Jäger Afrika für sich entdecken können“ kann auch stehen für „Wie Rendite-Jäger sich die hohen Lebensmittelpreise zunutze machen können“ oder „Wie Rendite-Jäger Nutzen aus dem Klimawandel ziehen können“. In diesem Zusammenhang ist der Agriculture Euro Fonds zu nennen.

Beim Agriculture Euro Fonds ist aus den Unterlagen der Deutschen Bank zu entnehmen:

„Rohstoffe sind in den letzten Jahren zu einem begehrten Gut geworden. ... In jüngster Zeit sind Agrarrohstoffe in den Fokus der Anleger gerückt. ... Folgende Faktoren sprechen für eine Wertsteigerung: Signifikant steigende Weltbevölkerung ... Veränderung der Ernährungsgewohnheiten ... Weltweit erhöhte Nachfrage nach Agrarrohstoffen bei der Produktion von Treibstoffen ... Begrenztes Angebot der landwirtschaftlichen Anbauflächen und deren Ertrag ... Historisch weltweit niedrige Lagerbestände an Agrarrohstoffen. ... Anleger haben die Möglichkeit an der Preisentwicklung von Weizen, Mais, Zucker, Sojabohnen, Baumwolle, Kaffee und Kakao zu partizipieren.“

Markus Dufner, der Geschäftsführer des Dachverbands der Kritischen Aktionäre, nahm in seiner Rede bei der Hauptversammlung am 29.05.2008 Stellung zum Agrarfonds und dieser Werbung:

In Frankfurt gab es im Frühjahr 2008 beim Bäcker eine neue Art von Brötchentüten. Darauf klebte eine Postkarte der Deutschen Bank, auf der zu lesen ist:

„X-market. Freuen Sie sich über steigende Preise? Alle Welt spricht über Rohstoffe – mit dem Agriculture Euro Fonds haben Sie die Möglichkeiten an der Wertentwicklung von sieben der wichtigsten Agrarrohstoffe zu partizipieren.“

Attac quitierte diesen Kundenfang mit:

"Diese Werbung ist ein Schlag ins Gesicht der Ärmsten, die schon beim Brot sparen müssen und sicher nicht mit Spekulation an den erhöhten Lebensmittelpreisen verdienen können. Schlimmer noch: Die von der Deutschen Bank angepriesenen Fonds wirken sich auf den weltweiten Agrarmärkten zusätzlich preisstärkend aus."

(Attac-Pressemitteilung vom 29.04.2008)

Selbst die der Deutschen Bank freundlich gesonnene FAZ übte offen Kritik:

„Dass ausgerechnet die Deutsche Bank als Symbol für die ‚Geschäftemacherei mit dem Hunger‘ erhalten musste, hatte sie dabei selbst provoziert. Während die Branche normalerweise sehr darauf bedacht ist, eine Schuld der Finanzinvestoren an den steigenden Nahrungsmittelpreisen zu widerlegen, stieß die Deutsche Bank Bäckereikunden in den vergangenen Wochen mit der Nase darauf.“

(FAZ, 29. April 2008)

Dufner fragte Ackermann nach dem Image der Bank ob solcher Werbung, desgleichen nach der Wirkung auf die Kunden der Bank.

Im Internet versucht die Deutsche Bank immer noch, Privatanleger für den Agriculture Euro Fonds zu werben. Dufner wollte wissen, ob die Werbung weiterlaufen würde oder nicht.

Zum Schluss wollte Dufner wissen, warum die Deutsche Bank nicht in Unternehmen investiere, die einen Beitrag zu einer größeren Effizienz der Landwirtschaft und damit auch zu einer besseren Versorgung der Bevölkerung in Schwellen- und Entwicklungsländern leisten würden. Dabei könnten sie beispielsweise Allianz Global Investors nacheifern.

Die Antwort von Ackermann:

„Nach ersten kritischen Rückmeldungen haben wir die Bäckertüten zurückgezogen, bevor NGOs aktiv wurden. Es gab keine Kontokündigungen und nur eine geringe Beschwerdequote. Ich habe keine Freude an dieser Kampagne und möchte mich in aller Form dafür entschuldigen.“

Ackermann bekam spontan von uns Beifall für diese Entschuldigung. Wenn auch die Werbung auf Brötchentüten storniert wurde, was bleibt, ist dennoch der Agrarfonds, für den die Deutsche Bank auch nach wie vor wirbt.

Ich selbst nahm Stellung zum Klimafonds und dem Umstand, dass die Deutsche Bank nicht nur echte Klimaschutzprojekte in ihren Fonds aufnimmt, sondern auch Unternehmen begünstigt, die vom Klimawandel profitieren.

Dazu stellte ich Fragen, ob Ackermann diese Information bestätigen könne und begründen könne, was diese Unternehmen in einem Klimafonds zu suchen haben. Ich wollte weiter wissen, ob diese Tatsache auch den Kunden offen gelegt würde oder diese im guten Glauben gelassen würden, etwas für den Klimaschutz zu tun, indem sie ihr Geld in diesem Fonds anlegen.

Dazu gab es keine konkreten Antworten. Erstmals stellte die Deutsche Bank in Aussicht, dass die Antworten von Ackermann auch schriftlich zu haben seien. Deshalb bat ich um Antwort auf meine und die der anderen Kritischen Aktionäre. Folgender Brief erreichte mich:

„Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr,

als weltweit tätiger Finanzdienstleister ist sich die Deutsche Bank der möglichen Auswirkungen bewusst, die ihre geschäftlichen Aktivitäten im Bezugsfeld Nachhaltigkeit haben können. Nachhaltigkeitsfragen werden daher im Rahmen unseres bis 2008 zertifizierten Sustainability Management Systems berücksichtigt, und bei bestimmten Entscheidungen führen wir eine umfassende Risikoanalyse in Bezug auf die Nachhaltigkeit aus. Nachhaltigkeitskriterien sind von zentraler Bedeutung für unsere geschäftliche Tätigkeit und integraler Bestandteil der Identität der Bank.

Auf der Grundlage der United Nations Environmental Programme-Erklärung und der 10 Prinzipien des UN Global Compact wurden Prinzipien für die Nachhaltigkeitspolitik der Deutschen Bank weiter entwickelt. Die Deutsche Bank hält sich dabei nicht nur an nationale Gesetze und Vorschriften, sondern auch an die einschlägigen Leitlinien internationaler Organisationen wie z.B. der UNO, der Weltbank und der EU. Die Deutsche Bank entscheidet über die Beteiligung an Finanzierungen bei Vorlage von Umweltverträglichkeits- und Sicherheitsprüfungen, die die entsprechenden Standards erfüllen.“

Ein weiterer Kritikpunkt während der diesjährigen HV-Versammlung war die Beteiligung an Uranwaffen. Uranwaffen sind Waffen mit Bestandteilen aus sogenanntem abgereichertem Uran, einem „Abfallprodukt“ aus der Urananreicherung für Atomenergie und Atomwaffen. Da abgereichertes Uran eine hohe Durchschlagskraft besitzt, wird es zum Beispiel in Panzerabwehrmunition verwendet.

Uranwaffen wurden zumindest von der NATO, Großbritannien und den USA bereits unter anderem im Irak und vor unserer Haustür, im Kosovo und in Bosnien, eingesetzt. Abgereichertes Uran ist kein Rohstoff wie jeder andere auch: Es ist ein radioaktives und giftiges Schwermetall und kann zu Krebs und Schäden im Immun- und Nervensystem führen. Zahlreiche Berichte und Studien belegen deren Effekte vor Ort.

Die internationale Koalition für ein Uranwaffenverbot hat am 6. November 2007 den Bericht „Too risky for Business. Financial Institutions and Uranium Weapons“ veröffentlicht. Darin wird dargelegt, dass die Deutsche Bank AG in Wertpapiere der Unternehmen GenCorp und General Dynamics investiert, zwei der größten Uranwaffenhersteller der Welt. Unter anderem habe die Deutsche Bank 2003 bei Emissionsgeschäften im Rahmen eines Bankensyndikats Wertpapiere im Wert von 225 Millionen US\$ von General Dynamics gekauft. Uranwaffen werden von General Dynamics u.a. nach Pakistan, Israel und in die Türkei exportiert und von der US-Armee verwendet.

Daraus ergaben sich folgende Fragen:

- Ob die dargelegten Fakten bezüglich der Uranwaffenproblematik und der Produktion bei GenCorps und General Dynamics bekannt seien?
- Warum die Deutsche Bank AG diese international umstrittenen und potenziell illegalen Aktivitäten unterstütze und sichere?
- Wie das geschäftliche Risiko eingeschätzt werde, dass damit einher gehe und wie der mögliche Imageverlust gesehen werde?
- Ob sich Ackermann vorstellen könne, sich im Rahmen der unternehmerischen Verantwortung nicht nur aus den Emissionsgeschäften mit GenCorps und General Dynamics zurückzuziehen, sondern auch als Unternehmen ein Uranwaffenverbot zu unterstützen?

Die Antwort von Ackermann:

„Wir sind grundsätzlich nicht in der Lage Kundenbeziehungen offen zu legen. Als weltweit tätiger Finanzdienstleister hält sich die Deutsche Bank nicht nur an nationale Gesetze, sondern wir handeln auch nach den 10 Prinzipien des UN Global Compact.“

Dazu die beiden Prinzipien aus dem UN Global Compact

Human Rights

- Principle 1: Businesses should support and respect the protection of internationally proclaimed human rights; (Unternehmen sollen den Schutz der internationalen Menschenrechte innerhalb ihres Einflussbereiches unterstützen und achten) and
- Principle 2: make sure that they are not complicit in human rights abuses. (sicherstellen, dass sie sich nicht an Menschenrechtsverletzungen mitschuldig machen)

Die Deutsche Bank sagt im Bericht „Gesellschaftliche Verantwortung 2007“ auf S. 91:

„Die 10 Prinzipien bilden die Wertebasis, an der wir unser Engagement im Bereich Nachhaltigkeit orientieren.“

Vor ein paar Tagen erhielt ich einen Brief, aus dem ich zitiere:

„Uns ist bewusst, dass Finanzierungen im Zusammenhang mit Waffen neben dem üblichen Bonitätsrisiko grundsätzlich auch Reputationsrisiken beinhalten können. Vor diesem Hintergrund stellen wir daher gegenwärtig eine ‚Waffenrichtlinie‘ fertig, die uns in Zukunft als Leitlinie bei Finanzierungen im Rüstungsgeschäft dienen wird.“

Darüber hinaus verfolgen wir aufmerksam die gesellschaftlichen Diskussionen und beziehen sie in unsere geschäftspolitische Entscheidungsfindung mit ein. In diesem Zusammenhang liefert der Dialog mit Nicht-Regierungs-Organisationen wertvolle Hinweise und Informationen für die [...]bank, so auch bei der von Ihnen angesprochenen ‚Urankernmunition‘.

Wie oben bereits angesprochen, haben wir dieses Thema in unsere neue Waffenrichtlinie aufgenommen: Wir wollen solche Geschäfte in Zukunft nicht mehr begleiten. Dies nicht zuletzt auch auf Grund Ihres Hinweises, für den ich mich an dieser Stelle gerne bedanken möchte.“

Nun des Rätsels Lösung über den Absender. Nicht Herr Ackermann schickte uns dieses Schreiben, sondern Herr Blessing, Vorstandsvorsitzender der Commerzbank. Aber drei Wirkungen zeigt dieser Brief:

Einmal wird deutlich, Engagement zahlt sich aus, nur hartnäckig müssen wir sein. Schon im Dezember erhielten beide Banken einen entsprechenden Brief – ohne Reaktion. Bei der Hauptversammlung der Commerzbank kam die mündliche Antwort, man habe keine aktuelle Information über dieses Geschäft. Man werde der Sache nachgehen und wir würden von ihnen hören. Aber erst auf einen erneuten Brief kam die positive Rückmeldung.

Zweitens: Reputation ist ein wichtiges Kriterium.

Drittens werde ich die Deutsche Bank spätestens nächstes Jahr bei der Hauptversammlung mit Freuden mit diesem Schreiben konfrontieren oder auch schon früher durch ein entsprechendes Schreiben.

Ein weiteres von uns schon lange kritisiertes Geschäft war die finanzielle Unterstützung der Deutschen Bank für das Apartheidsystem in den besonders kritischen 70er und 80er Jahren. Dazu ein kurzer Rückblick. Mitte der 80er Jahre war der Höhepunkt der Verfolgung von Befreiungskämpfern des African National Congress (ANC) und des Pan Africanist Congress (PAC) durch die Regierung Südafrikas; sie setzte Soldaten in den Townships ein. Tausende von Südafrikanern mussten aus dem Land fliehen oder lebten im Untergrund. Tausende wurden getötet. Seit Ende der 80er Jahre warfen deshalb Aktionäre den Vorständen der drei Großbanken Deutsche, Dresdner und Commerzbank vor, Südafrika Kredite zu gewähren, Anleihen aufzulegen, den Krüggerrand zu bewerben und zu verkaufen und sich an den drei Umschuldungsverhandlungen zu beteiligen. Denn dies bedeutete für Südafrika einen Aufschub von Rückzahlungen ans Ausland, Ermäßigung der Zinsen etc.

Das heißt, wir nutzten die Aktionärsversammlungen selbst, um die Geschäftspraktiken anzuprangern und Informationen zu erfragen. Gleichzeitig nutzten wir den öffentlichen Raum vor den Versammlungen, um Aktionen wie den Tanz um das Goldene Kalb oder die Finanzspritzen der Deutschen Banken am Patient Apartheid darzustellen und Alternative Geschäftsberichte an Aktionäre und Interessierte zu verteilen.

Nach dem Ende der Apartheid forderten wir Entschädigung für Apartheidopfer und Entschuldung des Staates Südafrika. Eine Nachfolgeregierung übernimmt in der Regel auch die Schulden, die eine Vorgängerregierung gemacht hat, auch wenn die Ausgaben gegen die eigene Bevölkerung gerichtet waren. So auch in Südafrika. Vor Jahren strengte eine Organisation von Apartheidopfern mit Namen Khulumani einen Prozess gegen die 23 Weltfirmen an, die besonders eng mit dem Apartheidstaat zusammen gearbeitet hatten. Dies ist in den USA möglich, gemäß dem Alien Tort Claims Act, der es erlaubt, schwere Menschenrechtsverletzungen anzuklagen, sofern das Unternehmen einen Sitz in den USA hat. Aus der Bundesrepublik Deutschland sind dies die Deutsche, Dresdner und Commerzbank sowie Daimler und Rheinmetall.

Nachdem der erste Richter entschied, die Klage nicht zuzulassen, entschied im September 2007 das erste Berufungsgericht, dass die Klage zugelassen werden muss. Dies war eine erste Hoffnung für die Apartheidopfer mit Aussicht auf Entschädigung. Allerdings meinten die Weltunternehmen im Dezember 2007, das Oberste Gericht, also den Supreme Court, entscheiden zu lassen, ob die Klage wirklich angenommen werden muss.

Und nun sagte der Supreme Court am 12. Mai 2008, dass er wegen eines potenziellen Interessenkonflikts nicht entscheiden könne. Vier der neun benötigten Richter haben Wertpapiere einzelner Firmen und sind daher nicht neutral genug zu entscheiden. Aber sechs von neun Richtern sind nötig, um den Fall zu klären. Daher wird die Klage nicht im Supreme Court, sondern von dem Erstinstanzgericht zu entscheiden sein.

Dr. Marjorie Jobson, Vorsitzende von Khulumani, dem größten Zusammenschluss von Apartheid-Opfern in Südafrika, sagte dazu in einer Pressemitteilung vom 12. Mai 2008:

„Die Khulumani-Klage ist der kritischste Testfall weltweit gesehen, um globale Standards für ethisches Verhalten zu entwickeln und um eine Kultur der Unternehmensverantwortung zu befördern“.

Dazu wollte ich in der Hauptversammlung wissen, ob die Entscheidung des Gerichtes, wenn es in der Hauptsache entschieden hat, anerkannt würde. Oder ob die Meinung eines anderen Beklagten geteilt würde, durch alle Instanzen gehen zu wollen. Und anschließend, ob schon Rücklagen für den Fall gebildet würden, dass ein Teil der 400 Mrd \$ Schadenssumme an die von Apartheid geschädigten Opfer zu tragen sei.

Die Antwort von Herrn Ackermann:

„Wir sind weiterhin der Auffassung, dass die Bewältigung der Apartheid nicht vor ein US-Gericht gehört. Diese Auffassung vertreten auch die Regierungen der USA, Südafrikas und Deutschlands. Die Klage hat aus unserer Sicht keine Aussicht auf Erfolg. Deshalb ergibt sich für uns keine Notwendigkeit, Rücklagen zu bilden.“

Noch ein paar andere Geschäfte der Deutschen Bank im Kurzformat:

- AngloGold Ashanti fördert Gold im Nordosten des Kongo. Noch zu Zeiten des Bürgerkriegs in der Region 2005 beteiligte sich die Deutsche Bank im Rahmen eines internationalen Bankenkonsortiums an der Finanzierung des Unternehmens.
- die chinesische Ölgesellschaft mit ihrer Tochter CNPC fördert Öl im Sudan. Die Gelder, die der sudanesischen Regierung zukommen, fließen auch in den Krieg gegen Darfur. Die Deutsche Bank beteiligte sich im September 2005 maßgeblich an der Ausgabe für Wertpapiere in Höhe von 2,4 Mrd. US \$ für PetroChina.
- In Burma ist das französische Energieunternehmen Total aktiv in der massiven Erdgasförderung. Die Einkünfte der burmesischen Regierung belaufen sich auf 200 - 400 Mio. US \$ jährlich. Während andere Unternehmen sich aus den Geschäften mit dem diktatorischen Regime zurückzogen, behielt die Deutsche Bank ihre Beziehungen bei. Sie verkaufte für Total Wertpapiere im Wert von 76,5 Mio. US \$.

Weitere Beispiele können Sie der Broschüre „Deutsche Bank: Ein fragwürdiges Markenzeichen“ von urgewald entnehmen, die ich Ihnen zur Lektüre empfehle.

Aber gegen Kritik ist Herr Ackermann nicht immun. Als urgewald u.a. gegen die geplante Finanzierung des Atomkraftwerkes Belene in Bulgarien eine Kampagne startete und nicht nur die Deutsche Bank, sondern auch die Commerzbank wegen ihres Interesses kritisierte, zogen sich beide Banken von dem umstrittenen Geschäft zurück

6. Herr Ackermann und sein Einkommen

Noch ein paar Worte zum Gehalt von Josef Ackermann. Laut Frankfurter Rundschau vom 11.12.2007 betrug dies ca. 14 Mio € jährlich, eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 5,8 %, und setzte sich laut Finanzbericht S. 44 (und dem Unterkapitel Vergütungsbericht) zusammen aus dem

Grundgehalt von	1.150.000 €
sonstigen Leistungen von	151.571 €
erfolgsbezogenen Komponenten von	8.148.725 €
Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung von	4.531.250 €

(Es folgten Dieter Zetsche von Daimler mit 10 Mio. € und Wolfgang Reitzle von Linde mit 8 Mio. €.)

Spenden Sie für Joe!



Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre!
Wir wenden uns heute mit einem für unser Institut recht ungewöhnlichen Anliegen an Sie. Unser Vorstandsvorsitzender, Josef Ackermann, der sein Leben selbstlos in den Dienst des Shareholder Value gestellt hat, ist - für uns alle unfassbar - verarmt, nachdem er den Mannesmann-Prozess mit 3,2 Millionen Euro aus seiner eigenen Tasche stoppte. Das kann nicht in Ihrem Sinne sein! Damit Herr Ackermann nicht zum Hartz IV-Empfänger wird, bitten wir Sie um eine Spende, Stichwort: "Notopfer Joe".

Leistung aus Leidenschaft. **Deutsche Bank** 

Da Josef Ackermann nicht nur der Vorstandssprecher der Deutschen Bank ist, sondern auch im Aufsichtsrat verschiedener anderer Unternehmen sitzt, u.a. bei Siemens, dafür auch honoriert wird, beziffert er selbst sein Einkommen auf ca. 20 Mio. € pro Jahr (laut Süddeutscher Zeitung).

Postkarte des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre

Ackermann begründet das hohe Niveau seines Gehaltes mit dem Gewicht, das er dadurch erhält.

„Als ich zur Deutschen Bank kam, hatte ich 2 Mio. Mark. Wenn ich heute ein vergleichbares Gehalt hätte, würde ich jeden Respekt verlieren. Man würde sagen, der hat keinen Marktwert. Das hat uns damals auch bewogen, die Gehaltsstruktur zu verändern.“

Im Vergleich mit anderen Kollegen ausländischer Banken sieht er sich noch im Nachteil, er verdiene im Gegensatz zu ihnen nicht mal ein Drittel. (Zeit-Magazin 22/07)

Nicht nur der Vorsitzende der Euro-Gruppe, Luxemburgs Premier- und Finanzminister Juncker, hat dies laut FAZ vom 15.05.2008 mit deutlichen Worten kommentiert: Manche Regelungen zur Entlohnung von Managern seien schlicht und einfach skandalös. Auch Bundespräsident Horst Köhler äußerte sich laut FAZ vom 15.05.08 ungewöhnlich scharf, er stellte einen Zusammenhang zur kritischen Situation an den Finanzmärkten her:

„Jetzt muss jedem verantwortlich Denkenden in der Branche selbst klar geworden sein, dass sich die internationalen Finanzmärkte zu einem Monster entwickelt haben, das in die Schranken gewiesen werden muss. Die Überkomplexität der Finanzprodukte und die Möglichkeit, mit geringstem eigenen Haftungskapital große Hebelgeschäfte in Gang zu setzen, haben das Monster wachsen lassen. Es hat kaum noch Bezug zur Realität. Dazu gehören auch die bizarr hohe Vergütung für einzelne Finanzmanager.“

Zu Ackermann und der Deutschen Bank schrieb Klaus Staeck am 13.10.07 in der Frankfurter Rundschau:

„Mit der viel beschworenen Verantwortung für das Unternehmen und die Belegschaft lassen sich die millionenschweren Managerbezüge kaum rechtfertigen. Ich habe noch gut die Worte von Herrn Ackermann während des Mannesmann-Prozesses im Ohr: ‚Dies ist das einzige Land, in dem diejenigen, die Erfolg haben und Werte schaffen, deswegen vor Gericht gestellt werden‘.“ Staeck weiter: „Dass sich das größte deutsche Kreditinstitut dieses Jahr mit insgesamt 2,2 Mrd. Euro verspekuliert hat und in den allerbesten Geschäftsjahren viele Filialen geschlossen und seinen Personalbestand ausgedünnt hat, gehört dann wohl auch zum erfolgreichen Schaffen von Werten.“

Im schon genannten Interview des Zeit-Magazins, das just genau am Tag der Hauptversammlung am 24. Mai 2007 erschien, sagte Ackermann:

„Der Vorwurf, dass ich nicht ehrbar bin, würde mich mehr treffen als der Vorwurf, nicht erfolgreich zu sein“.

Heute würde ich, im Gegensatz zu meinem Kommentar in der Hauptversammlung sagen: Herr Ackermann, ob Sie persönlich ehrbar sind oder nicht, kann ich nicht beurteilen. Aber viele der Geschäfte der Bank, der Sie vorstehen, sind es nicht und danach sind Sie zu beurteilen.

Impressum

Dorothea Kerschgens: Schöne neue Hochschulwelt: Die Geschäfte des Herrn J. Ackermann

Herausgegeben in der Reihe DAXwatch vom Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, Oktober 2008

Dorothea Kerschgens ist Vorstandsmitglied des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre.

Der Beitrag entstand als Referat für eine Veranstaltung des Attac Bündnis gegen Privatisierung in Frankfurt am Donnerstag, 25. September 2008, im Club Voltaire.

© Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre
Postfach 13 03 35, 50497 Köln
Ebertplatz 12, 50668 Köln
Telefon (+49) 0221 - 599 56 47 Fax (+49) 0221 - 599 10 24
dachverband@kritischeaktionare.de
www.kritischeaktionare.de

